

**Jürgen Gansäuer (CDU), Präsident des Niedersächsischen Landtages**  
**Rede bei der Gedenkveranstaltung des Landtages von Sachsen-Anhalt aus Anlass des**  
**50. Jahrestages des Volksaufstandes am 17. Juni 1953**  
**Magdeburg, 17. Juni 2003**

**"Es gibt Ereignisse in der deutschen Geschichte, auf die wir stolz sein können"**

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu dieser Gedenkfeier und darf Ihnen die herzlichen Grüße aller Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages überbringen.

Für viele Menschen des Jahres 2003 ist es inzwischen etwas Normales, ja, etwas Selbstverständliches geworden, dass der Landtagspräsident eines bundesdeutschen Nachbarlandes zu einem solchen Anlass eingeladen wird und das Wort ergreift. Vielleicht ist dies auch gut so, aber für mich ist das Hiersein an einem solchen Tag keine Selbstverständlichkeit, denn die Erinnerung an das, was war, und an das, was diesen Tag bis heute an Mahnung und Wegweisung für unser Volk ausmacht, ist in mir wach wie in all den Jahren nach 1953.

Und deshalb ist es wichtig, dass wir diesen Tag nicht einfach, wie wir sagen "feierlich begehen" und ihn als ritualisierte Reminiszenz an unsere Geschichte immer einmal wieder in Erinnerung bringen, um kurze Zeit später wieder in gewohntes Klagen und Jammern zu verfallen.

Wir sind es den Toten, den Hingerichteten, den Verurteilten und Gequälten von damals schuldig, dass dieser Tag mehr bleibt, als eine rührselige nationale Erinnerung. Das Leiden der damals aktiv Beteiligten erhält nämlich nur dann seinen Sinn, wenn wir aus ihm die richtigen Lehren ziehen und diesen Vorgang endlich historisch angemessen einordnen und bewerten.

Gerade Magdeburg ist für einen solchen Versuch der richtige Platz, denn diese Stadt erinnert uns daran, dass kein Volk der Welt nur aus seiner tagespolitischen Opportunität heraus existieren kann, sondern bewusst oder unbewusst auch immer aus seiner Geschichte lebt und zwar aus seinen positiven wie auch aus seinen negativen geschichtlichen Teilen.

Hier im Magdeburger Dom befindet sich bekanntermaßen das Grab Kaiser Ottos I. Er hatte durch eine päpstliche Entscheidung erreicht, dass das Magdeburger Moritzkloster in ein Erzbistum umgewandelt wurde, was die Bedeutung und Entwicklung der Stadt in den folgenden Jahrhunderten ungeheuer beeinflusst hat. Als er im Jahre 962 vom Papst gekrönt wurde, entstand das Deutsche Reich, das erst 1806 aufgelöst wurde.

In seinem Gefolge fand 1815 der Wiener Kongress statt, der Deutschland in einen Flickenteppich von 33 selbständigen Staaten verwandelte und gegen den sich die Deutschen in der Revolution von 1848 auflehnten.

Wie viel Leid wäre Deutschland und der Welt erspart geblieben, wenn die Frankfurter Bundesversammlung, die im Übrigen die Farben Schwarz-Rot-Gold als Symbol für die Einheit der deutschen Nation festlegte, Erfolg gehabt hätte.

Nun, meine Damen und Herren, von Konjunktiven lebt es sich zugegebenermaßen schlecht, vor allem in der Politik, aber die Ideale der damaligen Revolution von 1848, die in Deutschland viel zu wenig Beachtung findet, waren die alten, ewig jungen Ziele der ersten

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

europäischen, nämlich der französischen Revolution. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", das waren die entscheidenden Inhalte der französischen Revolution von 1789, der deutschen von 1848 und der DDR von 1953.

Natürlich weiß ich, dass die Gründe, die zu diesen Entwicklungen geführt haben, unterschiedlich waren, dennoch, im Kern war die Zielsetzung identisch, nämlich die Schaffung eines an der Würde des Menschen orientierten Gemeinwesens. Und in Deutschland wurde diese verbunden mit der Sehnsucht nach der Einheit der Nation.

#### **I.**

Der dänische Philosoph Sören Kierkegaard hat einmal gesagt: "Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden." Für den 17. Juni 1953 gilt dies in besonderer Weise. Gerade aber deshalb sollte dieser Tag heute nicht als postumer Beweis für die schon immer als richtig erkannte eigene politische Überzeugung missbraucht werden, ebenso wie ich darum bitte, die 20 Hingerichteten und insgesamt 125 Toten sowie 6750 verhafteten Personen nicht als schlichte Konterrevolutionäre zu diskreditieren, die ihr Schicksal selbst verschuldet hätten.

50 Jahre nach diesem Aufstand wissen wir heute nämlich sehr genau, aus welchen Gründen die Menschen damals auf die Straße gingen, wie die Streiks und die lokalen Aufstände abliefen, wie sie zerschlagen wurden, wer die Opfer waren, wer verhaftet und wer hingerichtet wurde. Im Großen und Ganzen bestätigen uns die Historiker heute die bisherigen Grundeinschätzungen der zeitgeschichtlichen Forschung. Zuvor nicht zugängliche Akten aus dem zentralen Parteiarchiv der SED, dem Militärarchiv der DDR, dem Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit und dem Ministerium des Inneren präzisieren und vertiefen das Bild.

Jahrzehntelang hatte man DDR-amtliche Fälschungen lanciert, die das Wissen um den 17. Juni vernebeln und tabuisieren sollten. Inzwischen liegen verlässliche Zahlen auf dem Tisch: Die sowjetische Besatzungsmacht hatte in mindestens 167 von 217 Stadt- und Landkreisen der DDR den Ausnahmezustand verhängt, der in Zentren des Aufstands – wie hier in Magdeburg – erst Wochen später aufgehoben wurde. Nach jüngsten Recherchen kam es in über 700 Städten und Ortschaften zum Aufstand gegen die Staatspartei und die sowjetische Besatzungsmacht.

Einblick in das damalige Geschehen liefern eine Reihe von Quellen. Auf ein Magdeburger Schicksal, das zugleich den Mut der Aufständischen wie die Willkür und massive Beschneidung der Menschenrechte durch das damalige SED-Regime und die sowjetische Besatzungsmacht aufzeigt, möchte ich eingehen.

#### **II.**

Als einer von vielen schloss sich hier in Magdeburg Herbert Stauch den Demonstrationen am 17. Juni 1953 an. Herbert Stauch unterhielt einen Betrieb zur Herstellung von Teigwaren. Am 17. Juni ist er an einer Protestkundgebung vor dem Polizeipräsidium beteiligt. Als Sprecher einer vierköpfigen Delegation setzt er sich für die Freilassung politischer Gefangener ein. Er wird festgenommen und noch in der Nacht der sowjetischen Besatzungsmacht überstellt. Am nächsten Tag wird ihm um 13.05 Uhr in nicht öffentlicher Verhandlung der Prozess gemacht.

Der Prozess ist durch und durch von der Missachtung der persönlichen Würde des Angeklagten geprägt. Ein Verteidiger ist nicht anwesend. Um 13.45 Uhr zieht sich das Gericht, bestehend aus einem Oberstleutnant als Vorsitzendem und zwei Majoren als Beisitzern zur Beratung zurück. Keine 15 Minuten dauert es, bis das Urteil verkündet wird.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Herbert Stauch wird für die Wahrnehmung seiner Freiheitsrechte zum Tode verurteilt. Das Urteil wird unmittelbar danach vollstreckt. Im Gefängnis Magdeburg-Sudenburg wird er durch Pistolenschüsse exekutiert.

Die Wahrheit, die wir heute kennen, ist, dass die Opfer des 17. Juni nicht nur gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen antraten. Ihnen ging es ganz fundamental auch um Freiheit, freie Wahlen und um die Einheit Deutschlands. Wenn wir heute der Opfer des 17. Juni gedenken, so ist die Dankbarkeit und das mutige Eintreten für Recht und Demokratie ein Gebot der Geschichte, aber auch eine Notwendigkeit des schlichten menschlichen Anstandes.

### III.

Angesichts der vielen Opfer und der historisch inzwischen klaren Quellenlage ist es ein erschütterndes Stück deutsch-deutscher Geschichte, wenn man die Umdeutungen und Manipulationen der DDR-Propaganda mit dem vergleicht, was heute in den Archiven klar und eindeutig nachzuvollziehen ist. Bewusst wurde ein Volk belogen, bewusst wurde Geschichte verfälscht, bewusst wurden Legenden gebildet.

Jahrzehntlang lautete die Sprachregelung in der DDR, der 17. Juni sei ein von "außen gesteuerter faschistischer Putsch" gewesen. Die heute unbestreitbare Wahrheit ist, dass sich das Volk gegen das Regime als solches gewandt hat. Hätte es demokratische Wahlen gegeben, so wäre die SED-Führung in Bausch und Bogen entmachteter worden. Nur durch den massiven Eingriff sowjetischer Panzer konnte dies verhindert werden. Vom 17. Juni an hätte die SED-Regierung wissen können, dass sie gegen das Volk regierte, und so mancher im Westen, der mit seinen guten Kontakten zur SED öffentlich kokettiert hat, hätte es auch wissen müssen.

Der Historiker und langjährige Mitarbeiter der Gauck-Behörde, Hubertus Knabe, schreibt dazu in einem Buch: "Es bleibt erstaunlich, wie sehr gerade jene, die dem Geist der kritischen Aufklärung huldigten, diesen gegenüber der SED-Diktatur missachteten".

Und vor wenigen Tagen erklärte Wolf Biermann, der freiwillig und zunächst voller Illusionen und Hoffnungen den Westen verlassen hatte, um in der DDR zu leben, wörtlich:

"So genannte einfache Leute, die nicht geschützt waren durch Berühmtheit, die haben sie zertreten, die haben sie ausgelöscht. Die haben die Liebenden auseinander gerissen, was eine Todsünde ist – immer. Sie haben die Kinder weggerissen von ihren Eltern. Sie haben die Menschen getötet und gefoltert, sie haben Leute eingeschüchert und kleinmütig gemacht. Sie haben ein ganzes Volk systematisch verstümmelt. Die DDR war ein Regime, das ganz elementare Menschenrechte immer und immer wieder verletzte". Zitat Ende.

Dieser Volksaufstand bedeutete im Kern bereits damals das innere Ende der DDR. Lediglich sowjetischen Panzer verhinderten seinen Vollzug.

### IV.

Der 17. Juni 1953 war eine deutsche Revolution, aber ihre Bedeutung und ihre Wirkungen gingen weit über Deutschland hinaus. Sie war der Beginn einer Entwicklung an deren Ende der 9. November 1989 steht.

Die Erosion des Ostblocks, der Gorbatschow den Namen Perestroika gab, hatte ihren Ausgangspunkt aber in dem Aufstand der Bauarbeiter in Berlin.

Ihm folgten die Erhebungen in Ungarn 1956, der Prager Frühling 1968 und die Solidarnosc-Bewegung 1980. Dankbar erinnern wir uns an Michail Gorbatschow, der 1989 die Panzer

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

nicht rollen ließ und damit dem Willen der Deutschen nach Einheit, Freiheit und Demokratie auf friedliche und unblutige Weise Rechnung trug.

Der 17. Juni 1953 und der 9. November 1989 müssen deshalb in einem Zusammenhang gesehen werden. Beide Ereignisse bilden eine Einheit, deren historische Wirkungen nur mit den ganz großen geschichtlichen Umwälzungen in Europa, etwa der französischen Revolution oder dem westfälischen Frieden verglichen werden können.

Wir Deutschen können darauf gemeinsam stolz sein, aber unser Dank und unser Respekt sollte jenen gelten, die in der damaligen DDR unter Einsatz ihres Lebens bereit waren, für ihre Ideale einzustehen.

V.

Genau so stolz, wie die Polen heute zu Recht auf die Solidarnosc-Bewegung und die Tschechen auf den Prager Frühling sind, genau so stolz dürfen wir Deutschen auf die Frauen und Männer des 17. Juni sein.

Aber zur Wahrhaftigkeit an einem solchen Tag gehört auch, dass nicht verschwiegen werden darf, dass es nicht ganz unmaßgebliche Kreise in der alten Bundesrepublik gab, die vor 1989 mitnichten bereit waren, diesen Tag zu würdigen - im Gegenteil: diejenigen, die es taten, wurden von ihnen auch noch als die ewig Gestrigen und Rückwärtsgewandten diskreditiert.

Helmut Schmidt mahnt in seinem Buch "Handeln für Deutschland" mit dem Blick auf die fünf neuen Bundesländer völlig zu Recht Solidarität an. Aber, meine Damen und Herren, nach aller menschlichen Erfahrung erwächst Hilfsbereitschaft und Solidarität doch nicht aus einer Flut mehr oder weniger gut formulierter politischer Appelle, nein, Solidarität erwächst nur aus praktizierter Humanität und dem Erkennen der Größe des Geschehenen.

Und genau daran hapert es in Deutschland, denn wir reden seit 1989 z.B. im Zusammenhang mit der deutschen Einheit fast nur noch über Geld. Damit wir uns recht verstehen, natürlich müssen wir in diesem Kontext auch über Geld reden, aber wir dürfen nicht so tun, als sei die deutsche Einheit nur ein Geldproblem.

Wer die Einheit Deutschlands wirklich will, muss auch über die Lebenserfahrung der großartigen Menschen reden, die über vier Jahrzehnte Unfreiheit, Reglementierung und Indoktrination ertragen mussten, während die anderen Freiheit und einen exzessiven Wohlstand genießen konnten.

Und wer die Einheit wirklich will, der muss auch wieder intensiver über unsere gemeinsame Geschichte und Kultur reden, denn nur so können wir die geistigen Mauern in den Köpfen der Menschen einreißen. Mit Geld allein ist dies nicht zu machen, auch wenn es noch so wichtig ist.

Mir sind diese Zusammenhänge vor einigen Monaten bei einem langen Spaziergang in Weimar besonders deutlich geworden, der Stadt, die im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts das Zentrum der deutschen Klassik war. Johann Sebastian Bach hat hier als Organist gewirkt und Goethe hat hier seine bedeutendsten Werke, wie z. B. Faust geschrieben. Hierhin hat er 1776 den Philosophen und Theologen Johann Gottfried von Herder geholt, der in der Weimarer Stadtkirche gepredigt hat.

Hier in Weimar lernte er Schiller kennen und schätzen. Mit ihm ist Goethe bekanntermaßen in der Weimarer Fürstengruft beigesetzt.

Ähnlich wie in Weimar - und ich bitte Sie, mir diese Erwähnung als Protestant, dem das Wohl und Wehe seiner Kirche wichtig ist, nachzusehen - erging es mir bei meinem Besuch in

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Wittenberg. An die Tür der dortigen Schlosskirche, in der Luther häufig gepredigt hat, schlug er 1517 seine 99 Thesen, die schon bald das ganze christliche Abendland erschüttern sollten, und hier in der Lutherstadt liegt er neben Melanchthon, seinem langjährigen Weggefährten, begraben. Seine 1521 auf der Wartburg begonnene Übersetzung des Neuen Testaments ist nicht nur eine religiöse, sondern auch eine kulturelle und humanistische Großtat gewesen.

Ich erwähne dies vor allem deshalb, weil noch so viel Geld das Gedenken an den 17. Juni 1953 auf Dauer nicht wach halten wird. Wenn uns Deutsche mehr verbinden soll als ein gemeinsamer Personalausweis, müssen wir uns auch wieder stärker als bisher bewusst werden, welch großer kultureller und menschlicher Reichtum uns durch diese Wiedervereinigung zugewachsen ist, deren Ausgangspunkt der 17. Juni war. Nur so wird dieser Tag im Übrigen seinen Sinn und seine Beständigkeit behalten.

Gerade die Geschichte der europäischen Völker zeigt, dass eine Nation ihren "seelischen" Zusammenhalt erst dann wirklich entwickeln kann, wenn die Menschen, die diese Nation ausmachen, in der Lage sind, ihre gemeinsamen kulturellen und sozialen Bindungen zu erkennen und zu definieren. Nur dadurch ist es möglich, dass eine Nation, abseits aller parteipolitischen und gesellschaftlichen Meinungsunterschiede, erst ihre innere Stabilität erlangt. Polen beispielsweise wäre schon lange von der Landkarte Europas verschwunden, wenn es dort nicht eben diesen Zusammenhalt gegeben hätte.

Die Geschichte unseres Vaterlandes hat ein Janusgesicht, und es ist wichtig, beide Gesichter genau anzuschauen, um für die Gegenwart und Zukunft gewappnet zu sein. Nach aller Schuld, die das deutsche Volk in zwei Weltkriegen und in Auschwitz auf sich geladen hat, gibt es vieles, an das wir uns voller Scham erinnern müssen. Es gibt aber auch im besten Sinne Sternstunden der deutschen Geschichte.

Wo Menschen sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen, da haben wir es mit dem Besten zu tun, was die deutsche Geschichte zu bieten hat, und der 17. Juni 1953 gehört dazu!

[Quelle: [www.landtag-niedersachsen.de/Infothek/reden\\_15\\_WP/Rede006.htm](http://www.landtag-niedersachsen.de/Infothek/reden_15_WP/Rede006.htm)]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---